



Information Mai 2008

Eigenverantwortliche Schule:

Schule als Betrieb – Bildung als Ware

Zugespitzt:

Statt pädagogische Eigenverantwortung mehr behördliche Steuerung, mehr Konkurrenz, Rankings und Leistungsvergleiche.

Statt Mitbestimmung „Konsens bildende Zusammenarbeit“

Seit Februar 2008 läuft in Bremen das Pilotprojekt Eigenverantwortliche Schule, an dem vier Schulen teilnehmen. Ziel des Projektes ist es, „die Qualität und die Abschlussergebnisse des Unterrichts nachhaltig zu verbessern“.

Das Projekt endet im Juli 2011. „Dies bedeutet nicht, dass alle Maßnahmen der Umsteuerung und Qualitätsentwicklung für weitere Schulen bis zum Projektende und zur Vorlage gesicherter Ergebnisse ausgesetzt werden. Vielmehr wird von Projektbeginn an konsequent eine Transferstrategie verfolgt, die sicherstellt, dass zeitgleich zur Umsetzung – spätestens ab dem Jahr 2010 – innovative Elemente in der Fläche eingeführt werden.“ (Anlage 1 zur Deputationsvorlage G 03/17, S.10).

Nach demselben Muster begann 2002 das ReBiz-Projekt mit fünf beruflichen Schulen. Noch in diesem Jahr soll der „Transferprozess“ für alle anderen beruflichen Schulen abgeschlossen sein.

Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Schulen (z.B. Kapitalisierung unbesetzter Stellen), ihr Servicecharakter gegenüber den Ausbildungsbetrieben und die erweiterte Machtbefugnis der SchulleiterInnen haben die Arbeitsbedingungen der KollegInnen, aber auch die Lernbedingungen für die SchülerInnen erheblich beeinflusst. Größere Lerngruppen, geringe Krankenreserve, erhebliche außerunterrichtliche Aufgaben, ein stärkerer Leistungsdruck und ver-

mehrte Konflikte zwischen Schulleitung und Kollegium sind die Folge.

Die GEW befürwortet eigenverantwortliches pädagogisches Handeln der Schulen seit langem. Auf der Grundlage des undemokratischen Schulverwaltungsgesetzes, das den Gesamtkonferenzen wesentliche Entscheidungsbefugnisse genommen hat, ist eine demokratische eigenverantwortliche Schule allerdings nicht möglich.

Unsere Sorge besteht darin, dass die viel beklagte Haushaltslage dazu führen wird, die Schulen mit zu geringem Budget, überhöhten Erwartungen (Ziel- und Leistungsvereinbarungen), überlasteten KollegInnen – und

aufgrund der fehlenden Entscheidungsbefugnisse der Gesamtkonferenzen – sich selbst und damit dem Alleinentscheidungsrecht der SchulleiterInnen zu überlassen.

Um die unterschiedlichen Positionen – Bildungsbehörde auf der einen, GEW auf der anderen Seite – zu diskutieren, findet am Montag, dem 19.5.2008, um 19 Uhr im Haus der Wissenschaft (Sandstraße 4/5; Haltestelle Schüsselkorb) eine Veranstaltung zum Thema Eigenverantwortliche Schule in Bremen statt. Im Anschluss an ein Streitgespräch zwischen Prof. Matthias v. Saldern und Prof. Hans-Günter Rolff besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Eigenverantwortliche Schule in Bremen

Gemeinsame Veranstaltung
der GEW und der Senatorin für Bildung

Streitgespräch

Prof. Matthias v. Saldern und Prof. Hans-Günter Rolff

Mo, 19.5.2008, 19 Uhr
Haus der Wissenschaft

EVS - eine Idee der Bertelsmann-Stiftung

Die Idee der selbständigen bzw. eigenverantwortlichen Schule ist maßgeblich von der Bertelsmann-Stiftung entwickelt und vorangetrieben worden, erstmals in NRW, später in Niedersachsen. Und jetzt in Bremen?

Die Bertelsmann-Stiftung ist eine weltweit tätige Organisation, die auf viele Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung großen Einfluss hat. Dem Einfallsreichtum der Bertelsmann-Stiftung verdanken wir unter anderem die Idee eines Niedriglohnssektors, die Ausgestaltung des "Bündnisses für Arbeit", der "Agenda 2010" und von "Hartz IV". Die Stiftung engagierte sich in der Umsetzung dieser Projekte und sorgte durch geschickte mediale Vermittlung für die nötige gesellschaftliche Akzeptanz. Besonders wichtig ist ihr die Zusammenarbeit mit „Entscheidern“, Multiplikatoren und Think Tanks (Denkfabriken).

Auf ihrer Homepage beschreibt sie „eine möglichst große und nachhaltige gesellschaftliche Wirkung“ als ihr vorrangiges Ziel. „Unsere Aktivitäten fokussieren wir nur auf Themen, die entscheidenden Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft haben ... bessere Bildung, eine gerechtere und effiziente Wirtschaftsordnung, ein vorsorgendes Gesundheitswesen, eine lebendige Bürgergesellschaft und wachsende internationale Verständigung.“ Das zugrunde liegende Prinzip lautet: „so wenig Staat wie möglich“, mehr individuelle Verantwortung und Eigeninitiative, Wettbewerb, „bürgerschaftliches Engagement“, kurz: die „leistungsgerechte“ Gestaltung aller Lebensbereiche. Hier werden zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge dem gesellschaftlichen Einfluss entzogen und marktwirtschaftlichen Prinzipien und Gewinninteressen unterworfen.

So hat sie seit Mitte der neunziger Jahre den Weg für Studiengebühren bereitet. Universitäten wetteifern inzwischen, wer den besten Ruf hat und wo die Studenten zufriedener sind. Das ist wesentlich auf die Stiftung und das von ihr dominierte Centrum für Hochschulentwicklung zurückzuführen. ... Mit rund 60 Millionen Euro im Jahr erstellt sie Ranglisten, lobt Preise aus, veröffentlicht Studien, organisiert Modellprojekte und lädt zu Kongressen ein. Ihre Mitarbeiter bohren Löcher und treiben Pflöcke in gewachsene Strukturen. Dann hoffen sie,

dass ein Strom der politischen Reformbereitschaft über ihren Pflock fließt, der in den Strukturen steckt, bis er sie sprengt.
(DIE ZEIT, 6.11.2007)

Ein solcher Pflock war auch die Selbständige Schule ab 2001. Seit 2002 läuft in NRW die Selbständige Schule als gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung und des Ministeriums für Schule und Weiterbildung. In diesem Jahr verkündete das niedersächsische Kultusministerium stolz, dass es als erstes Bundesland, alle Schulen in den Status der Eigenverantwortlichen Schule überführt hat.

Unabdingbar für eine solche Schule scheinen die SchulleiterIn als Dienstvorgesetzte und entmachtete Gesamtkonferenzen zu sein. Denn – so die Bertelsmann-Stiftung – „Qualitätsentwicklung setzt ein professionelles schulinternes Management voraus, das eigenverantwortliches und effizientes Arbeiten in den Bereichen Personalentwicklung, Ressourcenbeschaffung, Unterrichtsorganisation sowie Mitwirkung und Partizipation ermöglicht.“

Bei einer Veranstaltung der Bertelsmann-Stiftung auf der Didacta in Köln wurde deutlich, wohin dieser Weg führen kann. „In der Diskussion wurden auch weitere Tabus offen angesprochen: So ging es unter anderem um fehlende Sanktionsmechanismen. Das Beispiel der Niederlande belege, dass es in letzter Konsequenz nur selten zu Entlassungen komme, diese Möglichkeit aber ein anderes Klima schaffe“.

Etwas deutlicher drückte sich Reinhard Mohn, Gründer der Bertelsmann-Stiftung, schon 1996 aus: „Warum haben wir noch einen Kündigungsschutz, der längst nicht mehr sachgerecht ist?“

Aus Sicht der GEW ist eine entscheidende Voraussetzung für eine Stärkung der Selbstständigkeit die demokratisch orientierte Novellierung des Schulverwaltungsgesetzes. Leitbild sollte dabei nicht die Schulleitung als betriebswirtschaftlich orientierter „Filialleiter“ einer Schule sein, sondern eine demokratische Schulgemeinde, die von einer pädagogischen, kollegialen Schulleitung als „Erste unter Gleichen“ geführt wird. Die Wiederherstellung der Rechte der Konferenzen einschließlich des Votums bei der Schulleiterfindung ist dabei unverzichtbarer Bestandteil.

Veranstaltungshinweis für den Juni:

Mo, 16.6.2008, 18 Uhr
Konsul-Hackfeld-Haus

"Herausforderungen für das deutsche Schulsystem"

Auf Einladung der GEW referiert

Dr. Andreas Schleicher,
Bildungskoodinator
der OECD